

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 4 (1982)
Heft: 12

Rubrik: Meinung - Gegenmeinung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wissenschaftsförderung auf neuen Wegen?

Gegen Einrichtungen, die es jedem forschenden Menschen gestatten, ein Jahr in Muße zu leben und seinen Studien nachzugehen, ist nichts einzuwenden. Das neue Wissenschaftskolleg in Westberlin, über dessen Einweihung im *Tagesspiegel* vom 7.11.81 berichtet wurde, ist jedoch etwas anderes; nämlich eines jener Institute, die es in den USA schon lange gibt und die sich nur einer geschlossenen Gesellschaft von sehr wenigen Wissenschaftlern öffnen.

Dort sollen sich immer 40 „geeignete“ Universitätsprofessoren 12 Monate lang ohne Zwänge mit ihrem Forschungsgegenstand beschäftigen und auseinandersetzen; in einem stimulierenden Nebeneinander sollen sie originelle Gedanken entwickeln, sollen so ihre Disziplinen ein wesentliches Stück weiter bringen, schwerwiegende Forschungsrück-

aber nicht finanziert werden (sofern keine mächtige Lobby auftritt).

Wenn aber rasch hieraus gefolgert wird, daß die Förderungspolitik des bundesdeutschen Wissenschaftsmanagements bisher nur auf „Quantität“ bedacht gewesen sei und alleine daher „Spitzenleistungen“ unterblieben seien, so ist das zu kurzschlüssig.

Bereits die Diagnose ist zu einfach und teilweise unrichtig; mit der vorgeschlagenen Kur bleibt jedoch fast alles beim alten. Denn die bisherige Art der Wissenschaftsförderung oder gar die Produktionsweise des Forschungsbetriebes wird auf keinen Fall in Frage gestellt. Statt dessen wird mit einem alten Zauberwort, das auch gerade in der Schulpolitik immer wieder beschworen wird, ein konservatives Krisenmanagement versucht — „Elite“ ist der Schlüsselbegriff des nur vermeintlich neuen Programms.

Damit konnte der Rektor des Wissenschaftskollegs, Wapnewski, eine scheinbar griffige Vorstellung der neuen Einrich-

Besuch auf jeden Fall reputationsfördernd sein wird.

Doch so einfach wird es wohl nicht funktionieren, denn das Konzept des Kollegs weist Widersprüche auf: Zunächst werden die sensibleren „Spitzenwissenschaftler“, die das Wettrennen um die Professorenstellen nicht durchhalten und das Handtuch werfen (oder vielleicht ohnehin auf eine reine Forschungsstelle wollten), nicht gefördert.

Zweitens reicht auch eine wirklich „herausragende Persönlichkeit“ (wenn die von Förderungsbeamten überhaupt noch bemerkt werden kann) nicht mehr aus, um Beiträge zu einer „Spitzenwissenschaft“ zu liefern. Aus der Wissenschaftsgeschichte lassen sich haufenweise Beispiele anführen, wo originelle Forschungsansätze und Theorien rasch verdrängt werden und untergehen, da noch kein wissenschaftliches Bedürfnis für sie vorhanden ist. Sie können sich nur dann gegen ihr vorzeitiges Verschwinden behaupten, wenn die wissenschaftlichen Kontrahenten mit außerwissenschaftlichen Mitteln ausgebaut werden und sie zudem empirisch abgesichert scheinen. Auch wenn gerade heute wieder das Ideal des Privatgelehrten in vielen Köpfen herumspekt, läßt sich Wissenschaft, wenn sie sich gegen bisherige Forschung durchsetzen soll, nicht mehr von Einzelpersonen betreiben und durchsetzen. Denn die formalen Standards können nicht mehr alleine erbracht werden: Sekretärinnen, Informtiker, Bibliothekarinnen, Service-Ingenieurinnen und -Techniker, technische Assistentinnen und Graphiker und auch andere Wissenschaftler sind für eine Forschung in Teamarbeit nötig und leisten sie zu gleichen Teilen.

Die Betonung des Elitendenkens und der „herausragenden Persönlichkeit“ durch die Initiatoren des Kollegs bestärkt den Verdacht, daß mit diesem Programm die Rolle der „leitenden Wissenschaftler“ gefördert werden soll, daß damit die Hierarchien der wissenschaftlichen Produktionsweise wieder verfestigt werden sollen, die an den Hochschulen teilweise ins Wanken gekommen waren. Vermutlich führt die Auszeichnung und Förderung von angeblich besseren Wissenschaftlern in leitender Position durch das Wissenschaftskolleg dazu, daß sich an den Hochschulen Ordinariatsstrukturen weiter restaurieren.

Die Selbstverwirklichung der Mehrheit der in der Forschung Tätigen wird durch das westberliner Kolleg ebenso behindert wie die notwendige soziale Weiterentwicklung der Wissenschaft. Wir sollten Wissenschaftskollegs fordern, an denen jeder Mensch auf Wunsch eine Zeitlang weilen dürfte.

Engel Schramm

Große Erwartungen an das gestern eröffnete Wissenschaftskolleg

Erstes „Institute for Advanced Study“ auf deutschem Boden in Grunewald

Als ein neues Zentrum für die Wissenschaft wurde gestern in einer Grunewalder Villa im Beisein des Regierenden Bürgermeisters und der Spitzenvertreter deutscher Wissenschaftsorganisationen das erste „Institute for Advanced Study“ auf deutschem Boden seiner Bestimmung übergeben. Geboren wurde die Idee, nach dem Vorbild der berühmten amerikanischen Einrichtungen dieser Art auch in Berlin ein Institut zu gründen, im Aspen-Institut in Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Wissenschaftssenator Glotz.

Bei dem Festakt zur Eröffnung erklärte Wissenschaftssenator Kewenig, der Senat halte auch in Zeiten des knappen Geldes eine ausschließlich an der Qualität orientierte Wissenschaftspolitik für erforderlich. Die mit dem Institut verbundene Eliteförderung müsse als Ergänzung zur Breitenförderung und nicht als Widerspruch zu ihr gesehen werden. Gerade in

Zeiten ausufernder Forschungsprogramme sei es notwendig, sich auf die Förderung herausragender Persönlichkeiten zu besinnen.

Der Rektor des Wissenschaftskollegs, Professor Wapnewski, äußerte, gerade in einer Zeit, da die Bundesrepublik in der Spitzenforschung nicht das leiste, was der deutschen Wissenschaftstradition gerecht sein könnte, komme es darauf an, für die Spitzenforschung eine Atmosphäre der Konzentration, der Interdisziplinarität und des Gedankenaustausches zwischen den Generationen auf internationaler Ebene zu schaffen. Das sei nicht Ersatz, sondern Ergänzung zur Forschung an den Universitäten. Forschende Begabung verbinde sich nur selten auch mit pädagogischen Fähigkeiten. Im Wissenschaftskolleg sollten daher die Begabungen die ihnen entsprechenden Wirkungsmöglichkeiten finden.

Der Tagesspiegel vom 7.11.1981

stände wieder aufholen.

Denn daß es in dem bundesrepublikanischen Wissenschaftsbetrieb kriselt, haben auch dessen Funktionäre und die Politiker erkannt. Das bedeutet aber nach ihrer Ansicht längst nicht, daß sich nun alles von Grund auf ändern muß. Da müßten sie sich ja auch selber in Frage stellen; also ist es einfacher und liegt nur an einer einseitigen Steuerung: Wenn genügend gute Beiträge und Ergebnisse der Wissenschaften fehlen, so kann dies selbstverständlich nur und ausschließlich an der Art der Forschungsförderung liegen.

Die ist ja auch tatsächlich mitverantwortlich dafür, daß eigenständige Ansätze und Neubeginne bereits im Antragsstadium mit vier bis sechs Gutachten totgelobt,

tung entwerfen: „Gegen die Gefahr der Erstarrung im Mittelmaß ist nur ein Kraut gewachsen: die ständige Konfrontation mit dem großen Format.“ (Zeit vom 7.3.80.)

Diese „Elite“ wird aus der Menge der Forscher herausgesiebt; denn nur „herausragende Persönlichkeiten“ dürfen auf ein Jahr zu ihm nach Westberlin, um frei von den üblichen Zwängen des Hochschulbetriebs zu arbeiten. Und die Ergebnisse ihres Aufenthaltes sollen zu jener „Spitzenwissenschaft“ beitragen, die uns angeblich so sehr fehlt. Vielleicht werden sich auch die Daheimgebliebenen endlich auf den Hosenboden setzen und nicht mehr nur ausschließlich die verpönte „Breitenwissenschaft“ liefern; winkt doch Wapnewskis Villa im Grunewald, deren

Kein Interesse an einer neuen Energiepolitik

Diese Presse-Berichterstattung regt an, sich etwas eingehender mit dem Energieprogramm der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 983) zu befassen. Wer allerdings geglaubt hatte, der rückläufige Energiebedarf in fast allen Bereichen sowie der Bürgerprotest gegen die Gefahren der Kernkraftwerke (vornehm als „Pro-

BONN, 4. November. Als „Erfolgsbilanz, die sich international sehen lassen kann“, hat am Mittwoch Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) die am Vormittag im Bundeskabinett gebilligte 3. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung bezeichnet. Darin wird das Schwergewicht der künftigen Bonner Energiepolitik auf weitere Einsparbemühungen gelegt und der gegenwärtige Beitrag der Kernenergie zur Stromversorgung als unzureichend bezeichnet.

Die von Bonn beauftragten drei unabhängigen Forschungsinstitute zur Schätzung des voraussichtlichen Energiebedarfs macht sich die Regierung, wie Graf Lambsdorff mitteilte, zwar nicht zu eigen, halte aber die Trendaussage für richtig, daß Mitte der 90er Jahre das Mineralöl, die Kohle und die übrigen Energieträger einschließlich der Kernkraft zu je einem Drittel zur Energieversorgung beitragen würden.

Die von den Instituten für notwendig gehaltenen Neubauten von jährlich einem Kernkraftwerk nannte der Minister „nicht übertrieben“, doch wollte er sich auf keine konkreten Vorstellungen festlegen lassen. Allerdings sei von der bisher geltenden „Restbedarfs-Philosophie“ Abschied genommen worden, nach der Kernenergie nur zur Deckung des Restbedarfs einzusetzen sei, der nach verstärkten Einsparbemühungen und Vorrang für die heimische Steinkohle sowie Ausnutzung sämtlicher anderer Energieträger übrigbleiben würde.

Die Mitglieder der Bundestags-Enquetekommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“, die Professoren Günter Altner und Dieter von Ehrenstein, kritisierten in einer Stellungnahme das Festhalten der 3. Fortschreibung an der „Wachstumslogik“ der vorausgegangenen Fortschreibungen. Der Kernenergieanteil werde „unverantwortlich hoch“ angesetzt, meinten sie und warnen vor einem Stromzutritt zum Wärmemarkt. Den behaupteten Kostenvorteile des Atomstroms stellten sie in Frage unter Hinweis auf die noch ungesicherte Entsorgung und Wiederaufarbeitung.

Frankfurter Rundschau vom 5.11.1981

bleme der Akzeptanz“ umschrieben), aber auch gegen die Umweltverschmutzung durch Kohlekraftwerke würde zu einer neuen Energiepolitik seitens der Bundesregierung führen, wurde enttäuscht. Das Anwachsen des Energiebedarfs wird zwar nicht mehr ganz so hoch eingeschätzt wie früher, aber ein jährlicher Zuwachs des Strombedarfs von ca. 3% würde jährlich immer noch ein neues KKW und ein neues Kohle-Großkraft-

werk bedeuten (dabei haben die Stromerzeuger heute schon Überkapazitäten!). Der Beitrag der Kernkraftwerke zur Energieversorgung soll weiterhin massiv erhöht werden. Zur Begründung werden u.a. „industriepolitische Erfordernisse“ herangezogen. Kann man noch deutlicher sagen, daß die Industrie bestimmt, was energie- und damit auch umweltpolitisch geschieht? Bei der weiteren Begründung wurde der berühmt-berüchtigte KKW-Propaganda-Slogan „Sonst gehen die Lichter aus“ nun auch seitens der Regierung nicht mehr benutzt (da eh niemand mehr darauf reinfiel) und ersetzt durch die inzwischen weitverbreitete neue Drohung „Sonst steigt der Strompreis“. Hierzu wird behauptet, daß Atomstrom im Grundlastbereich billiger sei als anderer Strom. Diese Rechnung kann – angesichts unbekannter Kosten der Atommüllbeseitigung – niemand überprüfen, geschweige denn ernstnehmen.

Soweit ist das – mit kleinen Modifikationen – die bisherige Energiepolitik. Eine notwendige Konsequenz dieser bisherigen Energiepolitik wird nicht gezogen: Wenn – woran niemand zweifelt – die Kohle noch auf Jahrzehnte hinaus eine Grundlage der Energieversorgung darstellt, müßten größte Anstrengungen unternommen werden, die Umweltbelastung durch Kohleverbrennung, also insbesondere die riesige SO₂-Belastung der Luft, zu verringern. Es wären finanziell großzügig ausgestattete Forschungsprogramme und Subventionen für mehrere Pilotanlagen für Wirbelschichtfeuerung und verschiedenartige Entschwefelungsanlagen notwendig. Dies Programm müßte von seiner Bedeutung für die Bevölkerung her mindestens den politischen Stellenwert und das Finanzvolumen des „Schnelle-Brüter“-Programms besitzen. Leider enthält die 3. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung nichts dergleichen. Das Energieprogramm erwähnt mit keinem Satz fortschrittlichere Energiekonzepte wie die Studie des Öko-Instituts

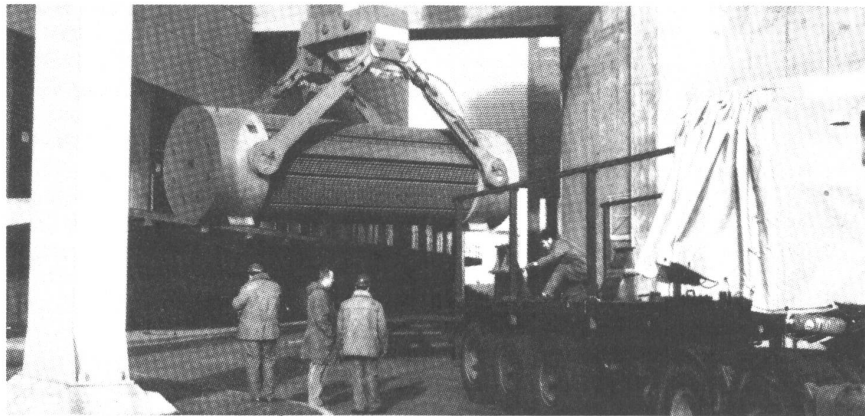
„Meinung–Gegenmeinung“ in eigener Sache:

Unsere „Rubrik“ erscheint seit nunmehr 2 Jahren, und wir starteten mit dem Vorsatz, gegenüber dem Staats-Wirtschafts-Industrie-Universitäts-Meinungseinerlei Gegendenken zu praktizieren, Gegenwissen zu verbreiten und zu Gegenhandeln anzuregen. Die Resonanz auf unsere Rubrik unter den Lesern der WECHSELWIRKUNG ist bisher sehr gering. Weil wir den Grund hierfür nicht kennen, machen wir vorerst weiter und bitten die Leser der WECHSELWIRKUNG, uns mehr als bisher zu unterstützen. Das kann geschehen durch Zusendung kommentarbedürftiger Zeitungsartikel, Aufsätze etc. Optimal wäre es, wenn Ihr gleich Hinweise dazuschreibt, wie die zugesandte Meinungsäußerung „gegen den Strich gebürstet“ werden sollte! Zusendungen für unsere Rubrik bitte an Walter in Wiesbaden oder Engel in Frankfurt (Adressen s. Seite 3).

Eure Regionalgruppe
Wiesbaden/Main/Frankfurt

zur Energieversorgung der BRD oder „Pfad 4“ des Berichts der Enquetekommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ des Deutschen Bundestags. Nach einem Schwerpunktprogramm für Biogas, das nach anderen Berechnungen den gesamten Energiebedarf der Landwirtschaft decken könnte, und Windenergienutzung, die zumindest die Stromversorgung an der Küste entlasten könnte, sucht man vergeblich. All das scheint bis 1995 in der Bundesrepublik von Regierung und Industrie nicht vorgesehen zu sein... Mit gedämpften Trommelwirbeln – wegen der tumulen Bevölkerung, die ihr verordnetes Atom-Heil immer noch nicht so recht einsieht – weiter zum Atom-Staat???

Walter Raleigh



Atommüllbeseitigung: Unbekannte Kosten... (Behälter für abgebrannte Brennelemente)